EP-W-01-390

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Simon Gast (KV Osnabrück-Land)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 389 bis 390 einfügen:
Währungsunion ist weiterhin unvollständig und Europa damit weiter anfällig für Krisen. Das wollen wir durch ein umfassendes Maßnahmenpaket ändern.

Mit der Einführung eines Finanzministerium auf EU-Ebene wollen wir die Souveränität der Währungsunion stärken und krisenfester machen. Das Ministerium soll die Aufgabe besitzen den EU-Haushalt zu verwalten, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU zu koordinieren, aber diese auch innerhalb und außerhalb der EU zu vertreten. Das Ministerium soll außerdem die Berechtigung erhalten eigene EU-Anleihen bzw. Eurobonds auszugeben, durch dessen Verkauf wir den EU-Haushalt vergrößern möchten. Der*Die Finanzminister*in soll vom EU-Parlament gewählt werden.

Begründung

Die Einführung des Euros und die Gründung einer gemeinsamen Währungsunion war ein fast schon revolutionärer Schritt in ein vereinteres Europa. Auch heute kann der Euro mit einer großen Beliebtheit in der gesamten EU glänzen. Doch wie wir in unserem Programm richtigerweise anmerken, ist unsere Währungsunion unvollständig und anfällig für Krisen - das gilt es zu beheben.

Ein großes Hindernis sind die verschiedenen Institutionen, wie z.B. die Eurogruppe oder ECOFIN, die zur Verständigung unter den Mitgliedern der Eurozone zwar wichtig sind, aber aufgrund verschiedener nationaler Interessen in der Vergangenheit nicht angemessen schnell auf Krisen oder Investitionsbedarfe reagiert haben. Ein Finanzminister auf europäischer Ebene ist keinem einzelnem Staat, sondern der Währungsunion als ganzes verpflichtet und kann so Investitionsprogramme entwickeln, die nicht nur einzelnen Akteuren, sondern der ganzen Gemeinschaft dienlich sind. So können vor allem Ungleichheiten zwischen den verschiedenen EU-Staaten entgegengewirkt werden!

Durch den Verkauf von Eurobonds, hätte das Ministerium die Möglichkeit ihren eigenen Haushalt, unabhängig von nationalen Beiträgen, zu erhöhen. Im Gegensatz zu nationalen Staatsanleihen, hätte ein europäisches Finanzministerium nach aktuellem Recht sogar die Möglichkeit Anleihen direkt an die EZB zu verkaufen. Diese konnte die EZB bisher nur über den Sekundärmarkt, von Geschäftsbanken, erwerben - ein Umweg.

Durch ein Ministerium können die finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen der EU nach innen und außen stärker kommuniziert und vertreten werden. Vor allem innerhalb der EU kann so für mehr transparenz gegenüber den Bürger*innen gesorgt werden und Ausgaben und Investitionsprogramme verständlich kommuniziert werden. Zudem könnten makroökonomischen Divergenzen (z.B. auseinanderdriftende Inflationsraten oder Leistungsbilanzen) , die potenziell die Stabilität des Euros und der beteiligten Länder bedrohen, frühzeitig erkannt und bekämpft werden.

Durch die Einführung eines solchen Ministeriums würde es außerdem zu einer weiteren wünschenswerten Kompetenzsteigerung des Friedensprojekts EU kommen und zudem die Finanzpolitik optimiert werden. Es stehen weniger nationale und mehr gesamteuropäische Interessen im Fokus. Auch könnte ein europäisches Finanzministerium die Kompetenzen aus EFSF und ESM bündeln. Dadurch könnten im Krisenfall effektive Hilfsprogramme geschnürt werden, die die betroffenen Länder zurück auf einen soliden wirtschaftlichen Pfad führen, ohne sie in eine weitere Schuldenfalle zu locken oder ihre wirtschaftliche Substanz zu erodieren.

weitere Antragsteller*innen

Lukas Neubauer (KV Osnabrück-Land); Christopher Seymour Martin (KV Osnabrück-Land); Gregor Steiner (KV Osnabrück-Land); Tobias Schlechter (KV Mainz); Felix Hohmann (KV Harburg-Land); Marcel Fahrtmann (KV Emsland); Tom Fuhrmann (KV Grafschaft Bentheim); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Suraj Mailitafi (KV Osnabrück-Land); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Nina Nakonetzki (KV Emsland); Paul Löser (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Philipp Lang (KV Stuttgart); Lukas Rathmann (KV Hannover); Sean Heller (KV Gifhorn); Liona Völler (KV Hannover); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Fabian Schwabbauer (KV Mannheim); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.